

Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 12/45. Jahrgang

Dezember 2014

Schutzgebühr: 0,40 €

BID will Alkoholverbot

Rechtzeitig vor Eröffnung des Weihnachtsmarkts hat das „BID Marktquartier“ seine alte Forderung zur Eindämmung der „Trinkerszene“ auf dem Marktplatz wiederholt: Alkoholverbot (daß damit auch die Glühweinstände einpacken könnten, ist ihm wohl egal). Der Stadtregierung fehle wohl etwas der Mut, auch zu einem repressiven Instrument zu greifen, klagt er. Die Stadt hält sich bedeckt, sieht keinen akuten Handlungsbedarf und die Sache als „Daueraufgabe“. Das ist es wohl auch. Denn – trotz der geschönten Statistiken – werden nicht nur Arbeits- sondern auch Obdachlosigkeit und Armut zunehmen. Und für all diese Opfer des Kapitalismus kann und will der Staat nichts tun; diese Folgerscheinungen sind diesem System innewohnend – und andernorts in den Slums der kapitalistischen Städte noch gravierender. Die Linksfraktion hatte im Februar 2012 beantragt, die Stadt möge eine Wärmestube mit Ausschank (zu moderaten Preisen) einrichten. Dies wurde im Stadtparlament abgelehnt – BID hat sich dazu nicht geäußert. M.B.



Inhalt:

Streikrecht/Sonntagsverkauf	S.2
Stoppt die Bgm./Asterweg/RKH-Bau	S.3
Rhön-Aktionäre/GDL-Streik	S.4
kap.Siegesgeheil/Kürzung im Rathaus	S.5
Eritrea-Reise/DKP-Antifa-Veranstaltung	S.6
"Islamischer Staat"/Ramelows Irrwege	S.7
Termine/Ria Deeg ehren/Kuba	S.8

Wohnbau bleibt auf der Anklagebank

Wie zu erwarten war, hat Richter Jesse die Klage wegen 1000 Euro zuviel gezahlter Nebenkosten in seiner Urteilsverkündung am 20.11. abgewiesen (s. GE 11/14). In seiner Begründung stützt er sich darauf, daß der Vertrag mit der Reinigungsfirma bereits bestand, als der 2. Mietvertrag abgeschlossen wurde. Das ist juristisch richtig, in diesem Fall aber nicht ganz zutreffend. Denn die Mieterin wohnte bereits vorher im gleichen Haus und hatte lediglich die Wohnung gewechselt. Abschluß des 1. Mietvertrages: 7.9.2009; Vertrag mit der Reinigungsfirma: 19.10.2009. Also will die Klägerin Berufung einlegen, um zu ihrem Recht zu gelangen. Daß die Reinigung der Gebäude anschließend von einer anderen Firma zum halben Preis durchgeführt wurde, zeigt, daß die Wohnbau – wie es juristisch heißt – ihrer Nebenverpflichtung zur Wirtschaftlichkeit nicht richtig nachgekommen war. Es sagt aber nichts aus über die Qualität der Reinigung, die nach wie vor – wie die Klägerin anhand von Fotos zeigte – unzureichend ist. Hatte der Wohnbauvertreter, Herr Pitz, nach der mündlichen Verhandlung noch die Bereitschaft bekundet, dies gemeinsam zu überprüfen, so entstanden nach dem ersten Ortstermin bei der Klägerin Zweifel an der Ernsthaftigkeit. Dabei sollte es doch auch im Interesse der Wohnbau liegen, daß die vertraglich festgelegten und von den Mietern



(Fortsetzung auf Seite 3)

Für Frieden und Sozialismus!



Angriff auf das Streikrecht - und die rechte DGB-Führung reiht sich ein!?

In überraschend offener Eintracht hetzen Konzernchefs, Politiker und so mancher Gewerkschaftsfunktionär gegen die Streiks der GDL (verbunden mit persönlicher Diffamierung ihres Vorsitzenden). Von den berechtigten Forderungen - 5% Lohnerhöhung, 37 Stundenwoche, Abbau von Überstunden, besseren Schichtplänen - ist da nichts zu vernehmen. Stattdessen Aussagen wie „die Nation wird in Geiselhaft genommen“ (CDU-Vize J. Klöckner) oder „die Diskreditierung des Streikrechts“ (G. Schneider, SPD, ehemals DGB-Chef in NRW). Dabei dient diese Hetze ausschließlich dazu, den Angriff auf das deutsche Streikrecht vorzubereiten. Soforderte Ex-BDA Präsident Hundt „die Politik auf, die Tarifeinheit gesetzlich zu regeln!“.

Als gehorsame Dienerin ihrer Herren folgt SPD Arbeitsministerin Nahles diesem Wunsch mit ihrem vorgelegten Gesetz zur „Tarifeinheit“. Das - heute bereits im Vergleich mit Westeuropa reaktionärste - Streikrecht der BRD soll noch weiter eingeschränkt werden. Nur der Tarifvertrag der Gewerkschaft mit den meisten Mitgliedern soll im Betrieb gelten. Dies käme einem Streikverbot für kleinere (oft auch kämpferischere) Gewerkschaften gleich. Gerichte würden zukünftig über die Zulässigkeit

von Streiks entscheiden und nicht mehr die Arbeiter.

Dass Gewerkschaftsfunktionäre ins gleiche Horn blasen, ist in dieser Offenheit schon gleichbedeutend mit einem Offenbarungseid der bisherigen Politik der „Sozialpartnerschaft“, „Standortpolitik“ und des „Co-Managements“ mit den Kapitalisten.

Jetzt, wo eine Gewerkschaft das Selbstverständliche tut und für die



Interessen ihrer Mitglieder kämpft, fangen manche DGB-Funktionäre an zu geifern, statt sich solidarisch zu zeigen.

Hier nur zwei Blüten dieser Auslassungen: „Man sollte doch bitte nicht so viel streiken“ (Kailing, Vorsitzende des DGB Hessen-Thüringen) und: „Das Vorgehen der GDL schürt eher die Stimmung gegen die Gewerkschaft. Sie ist ein abschreckendes

Beispiel dafür, wie eine Gewerkschaft nicht die Zeichen der Zeit erkennt“ (Wetzel, Vorsitzender IG Metall).

Natürlich kann es nicht im Interesse der Arbeiterschaft sein, dass ihre Kampfkraft in viele Sparten- und Berufsgewerkschaften aufgesplittet ist. Genauso richtig ist aber auch, dass die Arbeiter selbst, durch eigene gemeinsame Kampferfahrungen die wirkliche Tarifeinheit durchsetzen und dabei ihre Einheitsgewerkschaft - als Kampforganisation - selbstschaffen. Erwähnt werden muss auch, dass es viel Sympathie, Unterstützung und auch Solidaritätserklärungen von der Basis der Einzelgewerkschaften innerhalb des DGB für die Streikenden gibt. Darüber hinaus haben NGG, ver.di und GEW auch offiziell das Nahles-Papier abgelehnt.

Warum ist die organisierte Kampfkraft der Arbeiterschaft absolut notwendig? Erinnern wir uns an Lenins Worte (Bd. 20, S. 206): „Das Proletariat, das sich im Kampf zusammenschließt und durch den Kampf sowohl sein Klassenbewußtsein als auch seine Organisation entwickelt und seine Erfahrungen bereichert, kommt mehr und mehr zu der immer festeren Überzeugung, dass eine vollständige ökonomische Umgestaltung der kapitalistischen Gesellschaft notwendig ist.“ Stefan Walther

Internationaler Frauentag 2015: Kampf- oder Kauftag?

Da hatten die Stadtoberen doch das richtige Näschen, als über die Internetseite der Stadt Gießen für den 8. März 2015 ein verkaufsoffener Sonntag angekündigt wurde.

Statt Kampf für die Rechte der Frauen sollen diese doch sich selbst verwirklichen und das tun, was Frauen am liebsten (angeblich) machen: Shoppen gehen! Da aber meist das nötige Kleingeld fehlt, sollen die Frauen doch am Internationalen Frauentag einfach arbeiten gehen... Blöd nur, dass die Allianz für den freien Sonntag einen bitterbösen Brief an die drei Damen des Rathauses geschickt hat mit der Forderung, sich nicht vor den Karren der Gießener Händler

spannen zu lassen. Denn die Allianz (ein Zusammenschluss der Kirchen und Gewerkschaften) weist darauf hin, dass neben dem 8. März auch kirchliche Feiertage 2015 von verkaufsoffenen Sonntagen betroffen



sind. Die Oberbürgermeisterin hat natürlich sofort souverän reagiert, indem sie erklärte, dass die Termine auf der Internetseite der Stadt Gießen nur Wünsche der (stadteigenen) Marketing GmbH und der Gießener Händler seien?! Sie ist ja gesprächsbereit und will ihre Aufgaben wahrnehmen.

Mittlerweile ist die Internetseite bereinigt worden; die Bezeichnung „verkaufsoffener Sonntag“ taucht aktuell jedenfalls nicht mehr auf! - Bleibt nur eine Frage: Darf ich meine Wünsche auch auf die Internetseite der Stadt Gießen setzen?

Helmut Appel



Asterweg: Radler leben gefährlich

Im Gießener Asterweg werden ständig PKW auf dem markierten Fahrradweg, der in Richtung Walltorstraße führt, geparkt. Vor allem in den Abendstunden und nachts muss mittlerweile von einer verkehrspolitisch rechtsfreien Zone gesprochen werden, da so gut wie nie nachts kontrolliert wird.

Ergebnis: Gefährdung der Radler aber auch von Fußgängern und Familien mit Kinderwagen, die gezwungen sind auf die Fahrbahn auszuweichen. Grund des Falschparkens sind die nicht vorhandenen Parkplätze der Gastrobetriebe im und um den Asterweg. H.A.

Stoppt die „Grüne“ Bürgermeisterin

Für den Erhalt der Wieseckau - Stoppt die Landesgartenschau.

Das war der Slogan der LaGa-Gegner und Name der Bürgerinitiative. Daß er heute – Monate nach der LaGa - noch aktuell sein würde, war nicht unbedingt anzunehmen. Und doch: nachdem die Wieseckau halbwegs vom Frevel der LaGa befreit ist, ist sie als Naherholungsgebiet weiter gefährdet. Bereits jetzt ist der Bestand der Brut- und Gastvögel durch den Klammak um 50 bis 100% zurückgegangen. Welche Konsequenzen zieht die „grüne“ Bürgermeisterin daraus? Sie will das Palmencafé wieder eröffnen und am Neuen Teich und am Schwanenteich vor der THM Konzerte veranstalten; und die Kirchen erheben Anspruch auf den ihnen während der LaGa überlassenen Platz. Die meisten Gießener wünschen jedoch dies nicht, sondern, daß es wieder ruhig wird in der Wieseckau zum Spaziergehen, Radfahren, Picknicken und Hunde ausführen; das jedenfalls ist auch das Ergebnis der Online-Umfrage der Gießener Allgemeinen.

Michael Beltz hat als Stadtverordneter der Linksfraktion dazu zwei Anträge gestellt

* dass nach dem Rückbau der Landesgartenschau das Gelände um den Schwanenteich und der Wieseckau wieder zur Erholung von Menschen und Tieren zugänglich bleibt und

* dass der Magistrat eine Stellungnahme zur Kritik der „Hessische Gesellschaft für Ornithologie und Naturschutz“ abgibt, in der die Dezimierung der Vögel beschrieben ist.

Dagegen, daß SPD und Grüne jetzt eine Fläche für einen Hundenauslauf in der Wieseckau einrichten möchten, ist nichts zu sagen.

Nur sei daran erinnert, daß ein ebensolcher Antrag bereits 2009 von der Linksfraktion gestellt – und abgelehnt wurde. Und dies, obwohl ein solcher Auslauf für alle Städte vorgeschrieben ist, in denen ein genereller Leinenzwang besteht; und dies ist in Gießen der Fall.

Die BI, die dieser Tage gerade ihr dreijährigen Bestehens feierte, wird wohl doch noch gebraucht.



Widerstand gegen RKH-Bebauung

Baudezernentin Weigel-Greilich scheint bemüht zu sein, ihren Vorgänger Rausch (CDU) an unliebsamen Entscheidungen zu übertreffen. Jüngstes Beispiel: das geplante Mammutprojekt, das auf dem ehemaligen RKH-Gelände zwischen Gnauthstr., Riegelpfad und Aulweg entstehen soll: 160 Wohneinheiten für bis zu 600 Menschen und einem Sportplatz auf dem Dach. Die BI, die sich inzwischen dagegen gegründet hat, ist keineswegs generell gegen eine Bebauung in ihrer unmittelbaren Nähe – aber gegen eine von solchen Ausmaßen. Bei der Bürgerbegehung am 25.11., zu der etwa 100 Anwohner sowie die Planungsverantwortlichen erschienen waren, wurde jedoch deutlich: es werden keinerlei Abstriche gemacht! Das ist es also, was der Magistrat mit „Bürgerbeteiligung“ meint; er sollte ehrlich sein und es „Bürgerinformation“ nennen. Vielleicht sollte auch diese BI prüfen, ob hier nicht ein Bürgerbegehren sinnvoll ist.



(Fortsetzung von Seite 1)

Wohnbau bleibt...

bezahlten Arbeiten ordentlich ausgeführt werden. Statt den Hinweisen der Klägerin nachzugehen, hatte die Wohnbau ihr früher sogar Abmahnungen geschickt. Der Gießener Anzeiger dagegen stellt die Mieterin als übertriebene Sauberfrau hin und zitiert vor allem die Wohnbau. Fest steht bereits jetzt, daß aufgrund ihrer Beharrlichkeit, die letztlich auch zum Wechsel der Reinigungsfirma geführt hat, sie fast 300 Euro weniger zu zahlen hat – und die anderen Mieter ebenfalls entsprechend weniger! E.B.

Uni-Klinikum – Rhön-Aktionäre kassieren Millionen

Berichte über Klinik-Konzerne liest man in letzter Zeit vor allem im Wirtschaftsteil der Zeitungen. Am häufigsten kommt die Rhön-Kliniken AG vor. Bekanntlich hat der Betreiber der Unikliniken Gießen-Marburg (UKGM) den größten Teil seiner Einrichtungen an den Fresenius-Konzern verkauft und dabei 3 Milliarden Euro kassiert. Drei weitere Kliniken, deren Erwerb durch Fresenius vom Kartellamt untersagt worden war, wurden inzwischen anderweitig losgeschlagen. Die meisten dieser Krankenhäuser hatte die Rhön AG weit unter Wert gekauft, einige für nur einen Euro. Auf Kosten der Belegschaft und der Patienten wurden diese Häuser auf Vordermann gebracht und konnten jetzt teuer abgegeben werden. Vom Erlös werden 1,7 Milliarden Euro durch Aktien-Rückkauf an die Aktionäre weitergegeben. Hauptprofiteur ist der Rhön-Gründer Eugen Münch, der allein 190 Millionen Euro kassiert. Sein Kapitaleinsatz dürfte nur einen Bruchteil dieser Summe betragen haben, der Löwenanteil wurde von den Belegschaften erwirtschaftet bzw. den Patienten an Pflegeleistungen vorenthalten.

Zum Dank können die Beschäftigten in den verbliebenen Rhön-Kliniken mit

noch mehr Arbeitsdruck rechnen, im UKGM ist schon wieder von Personalkürzungen die Rede. Diesmal ist besonders Marburg betroffen, die Klinikleitung hat dort den Abbau von 40 Personalstellen angekündigt. Beim schon jetzt bestehenden Arbeitsdruck ist das für alle Betroffenen unvorstellbar. Im Rhön-Konzern sind jetzt der Klinikbetreiber Asklepios und der Medizinprodukte-Konzern B. Braun die Hauptaktionäre – die Konzentration und Monopolisierung im privatisierten deutschen Gesundheitswesen schreitet voran. Das Personal in

den von der Rhön AG verkauften Kliniken hat auch nichts Gutes zu erwarten. Ihr neuer Ausbeuter Fresenius ist mit seinen Helios-Kliniken, der größten deutschen privaten Krankenhaus-Kette, berüchtigt für Personalabbau und Ausgliederung vieler Bereiche in Niedriglohn- und Leiharbeiterfirmen. Es wird Zeit, daß mit verbindlichen Maßstäben zur Personalbemessung und zu Arbeitsbedingungen in Krankenhäusern der Profitmacherei auf Kosten des Personals und der Patienten Schluß gemacht wird.

Gernot Linhart



„Die Lokführer streiken schon wieder und ich komme zu spät zur Arbeit.“

„Das ist doch wohl Meckern auf hohem Niveau, es wollen doch alle mehr Geld haben“. Solche und ähnliche Sätze musste man in den letzten Tagen und Wochen immer wieder hören, wenn es um den Streik der GDL ging.

Im Grunde waren sich alle einig: Solche Zustände seien unmöglich und es gelte sie zu verhindern. Ein Betrieb, eine Gewerkschaft also. Doch die Tatsache, dass sich die großen Gewerkschaften und deren Führung immer weiter von kämpferischen Positionen entfernen und Streiks konfliktbereiter Belegschaften immer häufiger von oben abgewürgt werden, bleibt dabei meistens unbeachtet. Wir sollen uns mit den Tarifen zu rechtfinden, die allzu oft viel schlechter ausfallen als ursprünglich gefordert, um so gemeinsam den Standort

Deutschland zu stärken. Eine Stärke, die ohne den riesigen Niedriglohnsektor und der prekären Beschäftigung in diesem Land nicht möglich wäre.

Wie immer sind wir es, die für die Profite der deutschen Konzerne den Gürtel enger schnallen sollen.

Ein Lokführer bei der Deutschen Bahn verdient ca. 2500 Euro Brutto im Monat und dies bei miserablen Arbeits- und Pausenzeiten und einer hohen psychischen Belastung.

Für sie ist es nicht unüblich nachts eine Strecke zu fahren, um am Zielort vier unbezahlte Pausenstunden einzulegen, damit sie den Zug am nächsten morgen zurück fahren können.

In den Medien wurde über diese Zustände nur wenig gesprochen.

All das zeigt uns, wie viel Macht wir

als Arbeiterinnen und Arbeiter doch haben. Die Mitglieder einer Gewerkschaft treten entschlossen für ihre Interessen ein, und prompt setzt sich sowohl der Staatsapparat, als auch die gesamte bürgerliche Presse in Gang und erklären Claus Weselsky und die GDL als Staatsfeinde erster Klasse.

An all diejenigen, die trotz dieser Hetze solidarisch mit den Kolleginnen und Kollegen waren und sind: Macht euch selbst in eurem Betrieb und eurer Gewerkschaft stark!

Diskutiert mit euren Kollegen und Kolleginnen, durchbrecht die sozialpartnerschaftliche Orientierung und macht Gewerkschaften wieder zu dem, was sie einmal sein sollten: Eines der stärksten Mittel der Arbeiter im Klassenkampf!

SDAJ Gießen-Marburg

Kapitalistisches Siegesgeheul – aus Schwäche

Man könnte glauben, in Thüringen stünde die sozialistische Revolution ins Haus und Bodo Ramelow sei dabei die kommunistischen „Unterwanderstiefel“ zu schnüren. Natürlich ist das der blanke Unsinn. Wundern täte es nicht einmal, wenn, wie bei der gescheiterten Ypsilanti-Wahl in Hessen, ein sozialdemokratischer oder grüner Abgeordneter pflichtgemäß umfiele, um Frau Lieberknecht im Amt zu belassen. Unsere Politiker und Medien feiern nun pausenlos den Untergang des sog. „Unrechtsstaates“ DDR und vergessen dabei, dass in der Zeit der BRD-Berufsverbote ein Kommunist nicht einmal Friedhofsgärtner werden durfte und unter Adenauer die Kommunistische Partei wie unter Bismarck und Hitler entgegen

jeder Rechtsstaatlichkeit verboten war. Inzwischen tut man so, als würde unsere Verfassung die kapitalistische Wirtschaftsordnung vorschreiben. Tut sie aber nicht. Als man sie schuf, das zerstörte Land vor Augen, sahen das nicht nur die Kommunisten so. „Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist den staatlichen und sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden... Inhalt und Ziel dieser sozialen und wirtschaftlichen Neuordnung kann nicht mehr das kapitalistische Gewinn- und Machtstreben, sondern nur das Wohlergehen unseres Volkes sein.“ (CDU: Ahlener Programm 1947) Kurt Schumacher, SPD-Vorsitzender, propagierte damals den „Sozialismus als Tagesaufgabe“, woraus bekannt-

lich eines langen Tages Reise in die Nacht wurde. Das erste DGB-Programm von 1949 verlangte die „Überführung der Schlüsselindustrien in Gemeineigentum. Pustekuchen! Es gibt einen Grund, warum sich der deutsche Staat heute, ohne Luft zu holen, hochleben lässt. Es steht nicht gut um die Wirtschaftskonjunktur und das Vertrauen in die Kräfte des Marktes. Das kapitalistische Siegesgeheul ertönt nicht aus Stärke, sondern aus Schwäche. Die Frankfurter Allgemeine (FAZ) vom 25. Oktober: „Nullzeit - Null Wachstum, Null Inflation, Null Zins. In vielen Ländern scheint die Wirtschaft zu erstarren.“ Und das sind keine kurzzeitigen Trends. Die FAZ weiter: „Nun sind in den Industrienationen und auch in Deutschland die Rate des wirtschaftlichen Wachstums, die Inflationsrate und der Zins im Trend schon seit mehr als 25 Jahren zurückgegangen, und sehr wahrscheinlich trägt ein nur geringes Wachstum der Produktivität in diesem Zeitraum dafür eine wesentliche Verantwortung.“ Nebenbei, was für eine Ökonomie, die nur bei Inflation noch lebensfähig ist? Was also tun im Kapitalismus? Die Nachfrage stagniert, die Staaten sind über die Halskrause verschuldet, den Großunternehmen sind die zu erwartenden Profite für ihre Investitionen zu gering – bleibt die Europäische Zentralbank (EZB), die schon lange die Wirtschaft mit Geld überschwemmt. Bisher ohne jeden Erfolg. „Der Spiegel“ überschreibt seinen Artikel zu Draghis neuester Billionen-Geldspritze: „Die letzte Patrone“. Klaus Mewes

Die Konsumtionsfähigkeit der Arbeiter ist teils durch die Gesetze des Arbeitslohns, teils dadurch beschränkt, dass sie nur solange angewandt werden, als sie mit Profit für die Kapitalistenklasse angewandt werden können. Der letzte Grund aller wirklichen Krisen bleibt immer die Armut und Konsumbeschränkung der Massen gegenüber dem Trieb der kapitalistischen Produktion, die Produktivkräfte so zu entwickeln, als ob nur die absolute Konsumtionsfähigkeit der Gesellschaft ihre Grenze bilde.
Karl Marx: Das Kapital, Bd. III

Was die freien Nachmittage im Rathaus mit dem Kapitalismus zu tun haben

Eigentlich ist es nur eine kleine Sache, aber eine symptomatische: die Rathaus-Beschäftigten sollen auf ihren freien Nachmittag am Fastnachts-Dienstag und an ihrem Geburtstag verzichten. Weil gespart werden muß, weil die Stadt kein Geld hat, weil Schuldenbremse und Schutzschirm keine andere Wahl lassen... Und überhaupt: Dieser alte Zopf paßt nicht mehr in die Zeit.

Ist das so? Diese beiden halben Tage waren jahrzehntelang selbstverständlich (auch in manchen privaten Betrieben) und sollen nun wie viele einst erkämpften Errungenschaften gestrichen werden. Schon Kanzler Kohl zog gegen den „Sozialklimbim“ zu Felde, Kanzler Schröder schuf die Armutsfalle Hartz IV und verzichtete auf die Erhebung der Vermögenssteuer und unter Kanzlerin Merkel wurde die Schere zwischen Arm und Reich ins Unermeßliche geöffnet. Solange die DDR existierte, in der es keine Arbeitslosigkeit, sondern soziale Sicherheit gab, mußte der Schein des „Sozialstaates“, der „sozialen

Marktwirtschaft“ aufrecht erhalten werden. Jetzt zeigt der reale Kapitalismus sein wahres Gesicht. Um dies zu verschleiern werden die „Sachzwänge“ geschaffen, die als „alternativlos“ verkauft werden. Einer der hinterhältigsten ist die „Schuldenbremse“. Klar soll man nicht mehr ausgeben als man einnimmt. Aber statt die Ausgaben zu deckeln, sollte man die Einnahmen erhöhen. Das ginge mühelos, wenn man wollte. Von den an den Regierungen beteiligten Parteien – in wechselnden Koalitionen – tut das keine. Denn im Kapitalismus werden die Entscheidungen nicht im Parlament gefällt, sondern von denen, die die Macht haben – die Monopole, Großkonzerne und Banken. Und die Mitglieder der Regierungsparteien – CDU/CSU/FDP/Grüne/SPD – machen mit bis zur kommunalen Ebene. Sie akzeptieren diese von ihren Parteifreunden betriebene Politik des Sozialabbaus und der Verarmung zugunsten der Profite. Und sie helfen, sie umzusetzen - auch mit der Streichung von freien Tagen. E.B.



Bericht einer Reise nach Eritrea

Ende Oktober konnten wir endlich unsere Reise nach Eritrea antreten – gemeinsam mit weiteren Teilnehmern der Österreichisch-Eritreischen Gesellschaft aus Wien. Am Flughafen: die erwarteten strengen Kontrollen – Fehlanzeige. Kein einziger mußte den Koffer öffnen (beim Rückflug genauso). Wenige Tage zuvor waren die neuesten Zahlen über den Hunger in der Welt veröffentlicht worden: mit am schlimmsten sei es in Eritrea, wo mehr als 35% der Bevölkerung betroffen seien. Auch diese Lüge wurde entlarvt: die Geschäfte waren voll, auf dem Markt gab es tonnenweise Obst, Gemüse und Getreide. Die Menschen waren gut ernährt, gut gekleidet – teils afrikanisch, teils europäisch - und ausgesprochen freundlich. Es wurde auch gebettelt – aber das gibt es überall auf der Welt. Hunger haben wir keinen gesehen, obwohl Eritrea eines der ärmsten Länder der Welt ist. Die Hauptstadt Asmara ist lebhaft, aber nicht hektisch; es gibt kein Gedränge und kein Gehupe – trotz etwa 100 Taxis. Auch wenn gelegentlich der Strom abgestellt wird und dann auch

die Ampeln außer Betrieb sind, läuft der Verkehr normal. Die Cafés und Restaurants sind gut besucht; der Fernseher dort läuft permanent, meist mit BBC und CNN – offenbar ohne Angst vor westlicher Beeinflussung. Von Militär (der Grüne Grothe: „übelste Militärdiktatur“) bekamen wir überhaupt nichts zu sehen, und auch Polizisten waren äußerst rar. Lediglich in der Hafenstadt Massawa stand ein Polizeiauto vor dem Haus des eritrei-



Sieht so eine Hungersnot aus?

geschlossenen und zuvorkommenden Menschen.

Wir haben ein landwirtschaftliches Institut besucht mit 1.200 Studenten, davon die Hälfte aus anderen, meist nachbarlichen Ländern. In einer auf Infektionskrankheiten spezialisierten Klinik mit Frühgeborenen-Station in Barontu erfuhren wir, wie man u. a. der Malaria Herr werden konnte: jedes Baby und jede Schwangere bekommt ein Moskitonetz geschenkt. Dort erklärte man uns auch, daß in Eritrea seit 20 Jahren mit Erfolg die Beschneidung von Mädchen streng verboten ist – einmalig in Afrika. Auch mehrere z.T. neue Staudämme zur Wasserversorgung

konnten wir besichtigen. (Dies dem Hetzer R. Schuh gewidmet, der am 5.12.12 in der GA den Bau jeglicher Staudämme leugnete, vermutlich ohne je da gewesen zu sein.) Warum werden solche Lügen verbreitet? E.B.



Es besteht allgemeine Schulpflicht. Mittags bestimmen die vielen Kinder mit ihrer bunten Schulkleidung das Stadtbild

schen Präsidenten, ein sehr einfaches Haus übrigens, das uns sonst gar nicht aufgefallen wäre. Auch in den anderen Städten, die wir besichtigten – Keren und Barontu – war das gleiche Bild, die gleichen aufge-

**Redaktionsschluß für Januar-
Echo: Mi., 31.12.2014**

Gießener Echo

Hrsg: DKP Kreisvorstand Gießen; verantw.: Erika Beltz, erscheint monatlich. Bezugsgebühren: 20 € im Jahr (inkl. Versandkosten). Konto: Nr.193070 Sparkasse Gießen, BLZ51350025 bzw. IBAN: DE75 51350025 0000 1930 70, BIC SKGIDE5F. Druck: Druckkollektiv Bestellungen, Leserbriefe, Anfragen an: Gießener Echo, Postfach 110226, 35347 Gießen, E-Mail: dkp@dkp-giessen.de. Im Internet: www.dkp-giessen.de Ich möchte:

O das Gießener Echo abonnieren
O das Gießener Echo online (pdf) abonnieren

Name:.....

Adresse:

.....
.....

e-mail:

Weitere Infos zur Reise in: UZ, Zeitung der DKP, Nr. 49/14 und: <http://www.giessenerzeitung.de/giessen/beitrag/98683/warum-eine-bildungsreise-nach-eritrea/>

Gegen Antisemitismus und Zionismus

So könnte das Fazit sein, das Jürgen Loyd auf der mit 40 Anwesenden gut besuchten Veranstaltung von DKP

und SDAJ in seinem Vortrag als Ergebnis seiner Forschung vortrug. In der Diskussion wurden Fragen um das Wesen des Faschismus als extremste Form des

Kapitalismus beraten. Es ging in der Diskussion ebenfalls um die Formulierung: „Faschismus ist keine Meinung sondern ein Verbrechen.“ Es

wurde bemerkt, daß dies zu kurz greift und sich übereinstimmend auf die Feststellung verständigt, dass Fas-



Auf dem Foto von rechts: der Referent Jürgen Loyd, Hening (DKP) und Lars (SDAJ)

chismus im Interesse des Kapitals gebraucht wird, wenn die parlamentarische Form der Ausbeutung nicht mehr ausreicht. Junge Menschen berichteten über ihre Erfahrungen – vor allem über die Israel verherrlichenden „Antideut-

schen“. (Diese hatten ab 1990 vor den Gefahren eines imperialistischen großdeutschen Reiches gewarnt, sich dann aber Israel zugewandt)

Wer braucht den „Islamischen Staat“?

Einige tausend Kämpfer der „Freien Syrischen Armee“ sollen in der Türkei von türkischen und US-amerikanischen Ausbildern an modernen Waffen unterrichtet werden und neu ausgerüstet in ihr Land zurückkehren. Dort sollen sie angeblich die Banden des „Islamischen Staates“ bekämpfen. Auf wen sie dort allerdings wirklich ihre Waffen richten, kann und will keiner der Unterstützer kontrollieren. Das Hauptziel dieser Söldner ist immer noch der Sturz der syrischen Regierung und die Beseitigung der säkularen Staatsform – und damit sind sie sich mit dem „Islamischen Staat“ einig. Diese Terrororganisation wurde erst stark durch das Chaos, das die US-Armee in ihrer Region angerichtet hat und durch die massive Unterstützung aus den Golf-Monarchien und der Türkei. Letztere dient auch heute noch als Nachschubbasis und sichere

Hinterland, ihre Verwundeten werden dort versorgt und weltweit angeworbene Söldner werden dort eingeschleust. Im Irak und Syrien gestohlenen Öl kann dort verkauft werden.

Das Ziel von USA und NATO bleibt eine Neuordnung des gesamten Gebietes. Die bestehenden Staaten sollen zerschlagen und durch ethnisch und religiös geprägte Gebilde ersetzt werden. Dabei bleibt der „Islamische Staat“ ein wichtiger Stein auf dem Schachbrett, auch wenn die westlichen Regierungen Empörung über dessen Greuelthaten heucheln und ihn scheinbar bekämpfen. Ohne eine politische Lösung unter Einbeziehung der syrischen Regierung wird der Krieg noch Jahre weitergehen – und das genau scheint der Plan von USA, NATO, EU und den reaktionären Golfstaaten zu sein. Gernot Linhart

Ramelows Irrwege

Die LINKE (PDL) ist nach wie vor die einzige Partei im Bundestag, die in ihrer Mehrheit Militäreinsätze und Kriege ablehnt.

Nun will Bodo Ramelow Ministerpräsident werden, koste es was es wolle. Dafür hat er alle Kröten geschluckt und den „Unrechtsstaat“ DDR im Koalitionsvertrag festgeschrieben. In einer Rundfunksendung wurde zu Recht gesagt, mit diesem nun von der PDL unterstützten Programm könnten SPD und Grüne auch alleine regieren. Ramelow: „Wenn wir mit dem Kompromiss tatsächlich den Paradigmenwechsel schaffen können, dann ist das sicherlich zu akzeptieren.“ Solange jedoch auch die Schuldenbremse als gültiges Gesetz, an das man sich zu halten habe, anerkannt wird, kann es keinen Wechsel geben. - Dazu Patrik Köbele, Vorsitzender der DKP: „Die Unterschrift unter dieses Dokument ist die Dokumentation einer Verschiebung der ideologischen Fundamente. Diese Verschiebung beinhaltet auch die Anerkennung der ‚Sachzwänge‘, die sich aus der Umverteilungspolitik der Herrschenden ergeben. Diese Verschiebung ist das Aufgehen im bürgerlichen Parlamentarismus.“ M.B.



UZ-Sozialistische Wochenzeitung der DKP
UZ Woche für Woche antikapitalistisch!

10 Wochen kostenlos testen
CompressVerlag, Hoffnungs-Str. 18, 45127 Essen
info@unsere-zeit.de

Leserbriefe

„Hart aber fair“. Thema: „Sterbehilfe“. Es werden die Hinrichtungspraktiken in den USA in 33 US-Bundesstaaten kritisch beleuchtet, die einer Todesfolter gleichkommen. Dies attestierte Dr. med. U.-Chr. Arnold, der aktive, humane Sterbehilfe bei todkranken, unheilbaren Kranken auf Wunsch der Patienten leistet. Dies ist ohne Qualen möglich. Dr. Arnold weiter: Exekutionen in den US sind meistens brutal. Das liegt an der Inkompetenz der sog. Ärzte, eine Vene zu treffen. Der Spezialist Dr. Arnold: „Die

Amis sind dumm.“ Weiter: die Delinquenten müssen starke Psychopharmaka einnehmen. Von den privaten Knastbesitzern wird übersehen, dass sonst der Alltag für die Inhaftierten im Todestrakt unerträglich ist. Die Rezeptoren im Hirn sind durch diese Medikamente also besetzt. Das injizierte Gift „Profodol“ wirkt daher sehr langsam oder gar nicht. Das Gift „Profodol“ wird von Fresenius in Hessen produziert und gegen Profit in die USA exportiert und oft mit rassistischen Hintergründen eingesetzt! - Ich bin grundsätzlich und in allen Ländern gegen die Todesstrafe! Uwe Moldenhauer

Derzeit geht es darum, Russland auf jede Weise zu attackieren. Schon die Installierung und angebliche "Bestätigung" der Kiewer Putschregierung mit ca. 41% Wahlbeteiligung(!) zeigen, wie verkommen die westlichen Demokratie-Vorstellungen sind. Diese nur 41% belegen alles andere, ja das Gegenteil, als dass die Ukrainer "auf EU-Kurs" sind. Und das trotz Störmanöver und Alimentierung (5 MRD \$) durch die USA. Für mich ist diese Angelegenheit noch lange nicht gegessen. Denken wir nur an die Option einer demokratischen Ukraine in der neugegründeten Eurasischen Wirtschaftsunion! Falk Moldenhauer

Liebe Leserinnen und Leser, wir bitten um Überweisung der Abo-Gebühren für das Neue Jahr.

Und wir bitten um Spenden. Die benötigen wir dringend, um das Gießener Echo auch in Zukunft in dieser Auflage herausbringen zu können.

Diese Bitte richtet sich auch an unsere Online-Leser. Das Gießener Echo ist verlässlicher Partner im Kampf gegen Krieg und Sozialabbau, gibt Informationen, die andere verschweigen und unterstützt viele Gießener Organisationen und Initiativen in ihrer Arbeit.

Wir erinnern: Spenden an politische Parteien können von der Steuer abgesetzt werden. Das Finanzamt erstattet 50% des gespendeten Betrages.

Sparkasse Gießen, IBAN: DE75 51350025 0000 1930 70,
Es grüßt mit herzlichem Dank die Echo-Redaktion

Widerstand gegen Hartz IV

montags 18 - 19 Uhr,
bei den 3 Schwätzern

news.dkp.de / dkp-giessen.de



Gegen Faschismus und Krieg – Ria Deeg

Es ist an der Zeit, die Kommunistin und Antifaschistin Ria Deeg mit einem Gedenkstein zu ehren. Straßen wurden nach Antifaschisten benannt, in der Plockstraße sind drei Stelen mit den Köpfen antifaschistischer Frauen zu sehen. Nun, 14 Jahre nach ihrem Tod am 13. August 2000, wird es Zeit, dass die Stadt Gießen mit Ria Deeg die Frau entsprechend ehrt, die für das bessere Deutschland stand und damit auch zum Ansehen unserer Stadt beiträgt.

In diesem Sinne hatte Oberbürgermeister Manfred Mutz (SPD) für die Stadt im April 1987 Ria Deeg die Goldene Ehrennadel der Stadt Gießen überreicht. In seiner Rede ging er auf den Widerstand gegen die Nazi-Diktatur ein und zollte der Widerstandskämpferin Deeg seinen Respekt.

Im März 2007 beschloss die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Gießen einstimmig, „in diesem Jahr

aus Anlass des 100jährigen Geburtstages von Ria Deeg die Gießener Widerstandskämpferin und Wider-



*Ria Deeg und OB Mutz bei der Verleihung der Goldenen Ehrennadel
standskämpfer gegen den Nationalsozialismus zu würdigen.“*

Am 20. Juli 2007 hielt Oberbürgermeister Heinz-Peter Haumann (CDU)

eine Rede in der Pankratiuskapelle. Darin führte er u.a. aus: „Mit der heutigen Veranstaltung gedenken wir all denen, die nicht wegschauten, und erinnern an die, die wachsam blieben, ja – sogar aktiv Widerstand gegen das Naziregime leisteten.“ Und: „Diese skizzierten Rahmenbedingungen müssen uns, wenn wir heute von Widerstand gegen den Nationalsozialismus reden, immer vor Augen stehen... Und darum gedenken wir heute, am „Tag des Widerstandes“ und aus Anlass des 100. Geburtstages von Ria Deeg nicht nur denen, die aktiv Widerstand zu leisten vermochten, sondern auch all denen, die sich angesichts des NS-Terrors nicht abwandten und wachsam blieben. Wir erinnern damit an diejenigen, die sich von dem verbrecherischen Naziregime nicht vereinnahmen ließen, und alleine schon dadurch zu Opfern wurden, die verfolgt, gestraft und hingerichtet wurden.“ Michael Beltz

188:2 für Kuba - Die Welt gegen die Blockade

Mit 188 Stimmen für die von Havanna eingebrachte Resolution, zwei Stimmen dagegen (USA und Israel) und drei Enthaltungen hat die UN-Vollversammlung am Dienstag in New York erneut die Blockade der USA gegen Kuba verurteilt. Außenminister Bruno Rodríguez unterstrich, sein Land werde niemals auf seine Souveränität oder seinen frei gewählten Entwicklungsweg verzichten, den Aufbau eines gerechteren und effizienteren, prosperierenden und nachhaltigen Sozialismus. Inzwischen seien 77

Prozent der Kubanerinnen und Kubaner unter den Bedingungen der Blockade geboren worden. Materiell habe die seit mehr als einem halben Jahrhundert und von zehn US-Präsidenten aufrechterhaltene Blockade bislang die astronomische Zahl von mehr als einer Billion US-Dollar gefordert. Kein ehrlicher Mensch auf der Welt, auch nicht in den USA, könne die verheerenden Konsequenzen gutheißen, die eine von zahlreichen internationalen Abkommen untersagte Politik bereits verursacht habe.

In eigener Sache:

Man gratuliert sich nicht selber zum Geburtstag.

Deswegen steht hier keine Anzeige zum 70. der Chefredakteurin.

Und da Ende Dezember auch eine ungünstige Zeit zum Feiern ist, wird das im März zu einem weiteren Jubiläum nachgeholt.